## Hamburger Studien zum Europäischen und Internationalen Recht

Band 8

## Die deutschen Bundesländer vor dem Europäischen Gerichtshof

Von

**Martin Mulert** 



Duncker & Humblot · Berlin

## **MARTIN MULERT**

# Die deutschen Bundesländer vor dem Europäischen Gerichtshof

# Hamburger Studien zum Europäischen und Internationalen Recht

Herausgegeben von Meinhard Hilf, Hans Peter Ipsen, Ingo von Münch und Gert Nicolaysen

Band 8

## Die deutschen Bundesländer vor dem Europäischen Gerichtshof

## Von

## **Martin Mulert**



**Duncker & Humblot · Berlin** 

#### Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

#### Mulert, Martin:

Die deutschen Bundesländer vor dem Europäischen Gerichtshof / von Martin Mulert. –

Berlin: Duncker und Humblot, 1996

(Hamburger Studien zum europäischen und internationalen Recht;

Bd. 8)

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 1995

ISBN 3-428-08633-3

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten
© 1996 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Color-Druck Dorfi GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0945-2435

ISBN 3-428-08633-3

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier entsprechend ISO 9706 ⊚



#### Vorwort

Diese Arbeit lag dem Fachbereich Rechtswissenschaft I der Universität Hamburg im Wintersemester 1995/96 als Dissertation vor. Das Manuskript wurde im Oktober 1995 abgeschlossen.

Die Begegnung mit meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Meinhard Hilf, hat sich in fachlicher und menschlicher Sicht als Glücksfall erwiesen. Er hat seinem Namen durch ständige Hilfsbereitschaft alle Ehre gemacht und als vorbildlicher Betreuer entscheidend zur zügigen Fertigstellung der Arbeit beigetragen. Herrn Prof. Dr. Gert Nicolaysen gebührt Dank für die rasche Erstattung des Zweitgutachtens.

Sämtlichen Mitarbeitern des Hamburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, allen voran Herrn Dr. Jan Peter Waehler, Herrn Dr. Marek Schmidt und Herrn Jochen Beckmann, danke ich herzlich für vielfältige Unterstützung.

Wertvolle Gesprächspartner mit unterschiedlichen Perspektiven waren mir am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften Herr Generalanwalt Prof. Dr. Carl Otto Lenz, an der Universität Bamberg Herr Prof. Dr. Manfred A. Dauses, beim Juristischen Dienst der Europäischen Kommission Herr Dr. Jürgen Grunwald, beim Bundesrat Herr Ministerialrat Dr. Horst Risse und Herr Regierungsrat Lars von Dewitz, beim Bundesministerium für Wirtschaft Herr Ministerialrat Dr. Ernst Röder und Herr Ministerialrat Wilhelm Kaiser sowie in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen Herr Ministerialrat Dr. Wolfram Försterling. Weiterführende Anregungen verdanke ich darüber hinaus den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Heidelberger Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht und meinem Vater, Herrn Dr. Thomas M. Mulert. Das von Herrn Dr. Robert Lane und Frau Christine Boch geleitete Master-Programm am Europa Institute der University of Edinburgh hat meine Faszination für das Gemeinschaftsrecht geweckt.

Stetigen Zuspruch und Unterstützung verdanke ich meinen Eltern und meiner Schwester Maike, meiner Freundin Sonia und meinem Freundeskreis, für den

8 Vorwort

hier stellvertretend Herr Dr. Bernhard Bender, Herr Levin Holle und Herr Thomas Kuhnle genannt seien.

Für die Anfertigung der Übersetzungen schulde ich Herrn Mark Sgarbossa (englisch), Frau Delphine David (französisch), Herrn Vincenzo Colonna und Herrn Prof. Dr. Paolo Picone (italienisch) sowie Frau Sonia Gutiérrez López, LL. M. (spanisch) jeweils ein dickes Dankeschön.

Der Universität Hamburg gebührt Dank für ein großzügiges, durch Frau Mechthild Modersohn souverän verwaltetes Doktorandenstipendium. Dem Verlag und den Herausgebern danke ich für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Last, not least, danke ich Frau Christel Leroy für ihre herzliche Unterstützung und Frau Ingeborg Stahl für die professionelle Betreuung des Manuskripts.

Hamburg, im Oktober 1995

Martin Mulert

## Inhaltsverzeichnis

## Erstes Kapitel

	Einführung	23
A.	Problemstellung	23
В.	Gang der Untersuchung	27
	Zweites Kapitel	
	Überblick über die länderrelevanten	
	gemeinschaftsrechtlichen Verfahrensarten	30
	Drittes Kapitel	
	Die Unterscheidung zwischen privilegierten, beschränkt	
	privilegierten und nichtprivilegierten Verfahrensbeteiligten	34
A.	Klageerhebung	34
	I. Nichtigkeitsklage gemäß Art. 173 EGV	34
	II. Untätigkeitsklage gemäß Art. 175 EGV	35
В.	Privilegierte Äußerungsbefugnis nach Art. 20 Satzung	37
C.	Interventionsberechtigung	38
D.	Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs	38
E.	Vertretungsrecht	39
F.	Verweisung von Rechtssachen an Kammern	39
G.	Sprachenregelung	40
Н.	Zwischenergebnis	40
	Viertes Kapitel	
	Die prozessuale Stellung der Bundesländer in den Verfahren	
	vor dem Europäischen Gerichtshof	42
A.	Nichtigkeitsklage gemäß Art. 173 EGV	43
	I. Gebietskörperschaften in Nichtigkeitsverfahren	43

	1.	Rs.	"Differdange"	43				
	2.	Rs.	"Exécutif régional wallon"	44				
	3.	Rs.	"Gibraltar"	45				
	4.	Rs.	"Barbara Erzbergbau"	45				
	5.	Zus	ammenfassung	46				
II.	Kla	gebe	rechtigung der Bundesländer nach Art. 173 EGV	47				
	1.	Kla	geberechtigung nach Art. 173 Abs. 4 EGV	47				
		a)	Länderadressierte Entscheidungen	48				
		b)	Drittadressierte Entscheidungen	49				
			aa) Unmittelbare Konkurrentenklagen	49				
			bb) An Mitgliedstaaten adressierte Entscheidungen	50				
		c)	Verordnungen	51				
			aa) Beteiligungs-, Informations- oder Mitwirkungsrechte	52				
			bb) Bestimmbarkeit der Betroffenen nach Identität oder Zahl	54				
			(1) Verwaltungskompetenzen der Bundesländer	55				
			(2) Gesetzgebungskompetenzen der Bundesländer	56				
			cc) Individuelle Betroffenheit trotz normativen					
			Charakters					
		d)	Richtlinien					
			aa) Ausgangspunkt					
			bb) Rechtsprechung zur unmittelbaren Wirkung von Richtlinien.					
			cc) Erweiternde Auslegung des Art. 173 Abs. 4 in der Literatur					
			dd) Klageberechtigung der Bundesländer					
			(1) Umsetzungsbedürftige Richtlinien					
			(2) Atypische Richtlinien					
		e)	Unbenannte Gemeinschaftsrechtsakte					
		f)	Zwischenergebnis					
	2.		rilegierte Klageberechtigung nach Art. 173 Abs. 2 EGV	65				
		a)	Bundesländer als Mitgliedstaaten im Sinne des Art. 173 Abs. 2 EGV	66				
		b)	Bundesländer als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland	68				
		c)	Zwischenergebnis	69				
	3.	Bes	chränkt privilegierte Klageberechtigung nach Art. 173 Abs. 3					
		ECV						

a)	Die Grundsätze des rechtlichen Gehörs und des gerichtlichen Rechtsschutzes im Gemeinschaftsrecht und die extensive Auslegung der Rechtsschutzvorschriften								
b)	Die beschränkt privilegierte Klageberechtigung des Europäischen Parlaments nach Art. 173 Abs. 1 EWGV a.F. bzw. Art. 173 Abs. 3 EGV								
		Rs. "Comitologie"							
	,	(1) Sachverhalt							
		(2) Schlußanträge des Generalanwalts Darmon							
		(3) Urteil des Europäischen Gerichtshofs							
	bb)	Rs. "Tschernobyl"							
	ŕ	(1) Sachverhalt							
		(2) Schlußanträge des Generalanwalts van Gerven 82	2						
		(3) Urteil des Europäischen Gerichtshofs	ļ						
	cc)	Bestätigung der in der Rs. "Tschernobyl" aufgestellten Grundsätze	5						
	dd)	Ratio der Klageberechtigung des Europäischen Parlaments 86	ó						
c)	Ver	ahrensrechtliche Lücke	,						
d)	Rechtsschutzmöglichkeiten der Bundesländer nach dem								
	geso	eschriebenen Gemeinschaftsverfahrensrecht							
	aa)	Eigene Rechtsschutzmöglichkeiten der Bundesländer 90	)						
	bb)	Beachtlichkeit einer möglichen innerstaatlichen Teilhabe der Bundesländer an gemeinschaftsprozessualen Rechten der							
		Bundesrepublik Deutschland							
		Rechtsschutzmöglichkeiten Dritter							
		Zwischenergebnis	,						
e)	Stellung der Bundesländer im institutionellen Gefüge der Europäischen Union								
	aa)	Entwicklung der gemeinschaftsrechtlichen Stellung der Bundesländer98	3						
		(1) Rechtslage nach den Gründungsverträgen 98	,						
		(2) Die Einheitliche Europäische Akte	,						
		(3) Der Vertrag über die Europäische Union100	)						
		(a) Regionalausschuß100	)						
		(b) Öffnung des Rates für Landesminister101							
		(c) Art. 3b EGV102	,						

## Inhaltsverzeichnis

		(d) Neue Regelungstechnik: Ausschluß der Harmonisierung							
		(e) Ergebnis							
		bb) Vergleich mit der Stellung des Europäischen Parlaments105							
		cc) Kompensationslinien							
		(1) Kongruenz von gemeinschaftsrechtlichen Pflich-							
		ten und Rechtsschutzmöglichkeiten der Gebiets-							
		körperschaften108							
		(2) Gebot der Rücksichtnahme auf föderale Verfassungs- strukturen der Mitgliedstaaten							
		(a) Allgemeiner Rechtsgrundsatz des Gemeinschafts-							
		rechts							
		(b) Art. 5 EGV113							
		(c) Art. F Abs. 1 EUV115							
	dd)	Zwischenergebnis							
4.	Mö	gliche Einwände gegen ein beschränkt privilegiertes Klagerecht							
	der Bundesländer entsprechend Art. 173 Abs. 3 EGV119								
	a)	Ungerechtfertigte Begünstigung föderativ strukturierter Mitgliedstaaten							
	b)	Mangelnde Kompetenz des Europäischen Gerichtshofs zur							
		Prüfung nationalen Verfassungsrechts							
	c)	Gefährdung der Rechtssicherheit in der Union126							
		aa) Weitgehende Überprüfbarkeit normativer Gemeinschafts-							
		rechtsakte							
		bb) Beschränkungsmöglichkeit nach Art. 174 Abs. 2 EGV129							
		cc) Keine generelle Angreifbarkeit gemeinschaftlicher Normativakte durch Nichtigkeitsklagen							
		dd) Beschränkt privilegiertes Klagerecht auch für kommunale Gebietskörperschaften							
		ee) Stärkung der Rechtssicherheit durch angemessenen Rechtsschutz der Bundesländer und anderer regionaler Gebietskörperschaften							
	d)	Art. 173 Abs. 4 EGV als geeigneter Anknüpfungspunkt für ein							
		beschränkt privilegiertes Klagerecht der Bundesländer132							
	e)	Zwischenergebnis136							

		5.		dang der beschränkt privilegierten Klageberechtigung der idesländer entsprechend Art. 173 Abs. 3 EGV	137
			a)	Grenzen eines beschränkt privilegierten Klagerechts der Bundesländer	138
			b)	Gesetzgebungskompetenzen der Bundesländer	
			c)	Verwaltungszuständigkeiten der Bundesländer	139
			d)	Fiskalverwaltung der Bundesländer	140
			e)	Art. 173 Abs. 3 EGV als einheitliche Rechtsgrundlage für sämtliche Nichtigkeitsklagen der Bundesländer	141
	III.	Erg	ebni	s und Ausblick	142
		1.	Erg	ebnis	142
		2.	Aus	sblick	143
	IV.			Der Bund-Länder-Streit um die gemeinschaftliche Fernsehricht-	144
		1.		s Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	
		2.		tbestehende Gefahr eines Justizkonflikts	
		3.		währung angemessenen Rechtsschutzes durch den Europäischen	
				ichtshof	146
В.	Unt	ätigl	ceitsk	clage gemäß Art. 175 EGV	148
	I.	Geb	oietsk	körperschaften in Untätigkeitsverfahren	148
	II.	Aus	sgest	altung der Untätigkeitsklage	149
		1.		nzeption als Feststellungsklage	
		2.	Kla	geberechtigung	149
		3.	Geg	genstand der Untätigkeitsklage	150
	III.	Akt	ivleg	ritimation der Bundesländer für Untätigkeitsklagen	151
		1.	Kla	geberechtigung nach Art. 175 Abs. 1 EGV	152
		2.	Kla	geberechtigung nach Art. 175 Abs. 3 oder Abs. 4 EGV	153
			a)	Regionale Gebietskörperschaften als "juristische Personen" im Sinne des Art. 175 Abs. 3 EGV	153
			b)	Mangelndes Rechtsschutzbedürfnis für beschränkt privilegierte Untätigkeitsklagen	154
			c)	Gemeinschaftskompetenzen im Bereich des Hausguts der Bundesländer	
			d)	Notwendigkeit eines angemessenen Rechtsschutzes	
			e)	Art. 175 Abs. 3 oder Abs. 4 EGV als Anknüpfungspunkt	
	rv	Pro	ehni	s und Aushlick	

		1.	Erg	ebnis.			159	
		2.	Aus	blick.			159	
C.	Ver	rtragsverletzungsverfahren gemäß Art. 169 EGV						
	I.	Geb	oietsk	cörper	schafte	en in Vertragsverletzungsverfahren	160	
	П.	Aus	gest	altung	des V	ertragsverletzungsverfahrens	161	
		1.	Ver	fahrer	nsgege	nstand	161	
		2.	Zw	eistufi	ges Vo	orverfahren	161	
		3.	Par	teien			162	
		4.	Kei	ne Ex	kulpat	ion bei innerstaatlichen Schwierigkeiten	163	
		<b>5</b> .	Fol	gen de	s Urte	eils	163	
	Ш.	Stel	llung	der B	undes	länder in Vertragsverletzungsverfahren	164	
		1.	Gru	ındsatz	z des 1	rechtlichen Gehörs	164	
			a)	Mitg	liedsta	atsorientierte Ausgestaltung der Aufsichtsklage	165	
			b)	Unst	immig	keiten im Rechtsschutzsystem	166	
		2.	Мо	difizie	rung o	lurch föderale Tonlage des Gemeinschaftsrechts	167	
		3.				des Vertragsverletzungsverfahrens im Vergleich ts- und Untätigkeitsverfahren	169	
			a)		-	Kreis der Parteien		
			b)			srechtlicher Charakter der Aufsichtsklage		
		4.	Pro	zessua	ale An	satzpunkte für eine Länderbeteiligung	170	
			a)	Passi	ivlegiti	imation der Bundesländer für Aufsichtsklagen	171	
				aa)	Bunde	sländer als Mitgliedstaaten	171	
				bb)	Autom	natischer Übergang der Passivlegitimation	171	
			b)			t gemäß Art. 37 Satzung i.V.m. Art. 93 VerfO als smöglichkeit	174	
						eitritt gemäß Art. 37 Abs. 2 Satzung		
						eitritt entsprechend Art. 37 Abs. 1 Satzung		
				(	(1) V	erstoß gegen höherrangiges Gemeinschaftsrecht	175	
				(	` '	erfahrensrechtliche Lücke im Hinblick auf Art. 34 atzung EGKSV	175	
				(		ohärenz des gemeinschaftlichen Rechtsschutzsyster		
						esonderheiten des Streitbeitritts		
						) Rechtstechnische Bedenken		
						Streitbeitritt als eigenständiger Rechtsbehelf		
			c)	Dritt		pruchsklage gemäß Art. 39 Satzung		

				aa) Interventionsausschluß durch Art. 37 Abs. 2, 2. Hs. Satzung als tauglicher Grund für die fehlende Beteiligung am Hauptverfahren	. 181
				bb) Auswirkung des Interventionsausschlusses gemäß Art. 37 Abs. 2, 2. Hs. Satzung auf die Drittwiderspruchsberechtigung	. 182
				cc) Stellungnahme	.183
			d)	Benennung von Zeugen gemäß Art. 23 Satzung oder Sachverständigen gemäß Art. 22 Satzung oder Auskunftserteilung gemäß Art. 21 Satzung durch das betreffende Bundesland	. 183
				aa) Zeugen und Sachverständige gemäß Art. 23 bzw. Art. 22 Satzung	. 183
				bb) Auskunftserteilung durch das betreffende Bundesland gemäß Art. 21 Satzung	.184
	IV.	Erg	ebni	s und Ausblick	
		1.		ebnis	
		2.	_	sblick	
			a)	Verlagerung der Passivlegitimation	.185
			b)	Streitbeitritt und Drittwiderspruchsklage	
			c)	Notwendige Beiladung des Bundeslandes	
D.	Vor	aber	ntsch	eidungsverfahren gemäß Art. 177 EGV	
	I.	Geb	oietsk	törperschaften in Vorabentscheidungsverfahren	.188
	II.	Aus	gest	altung des Vorabentscheidungsverfahrens	.189
	Ш.	Not	wend	digkeit erweiterter Länderbeteiligung	.191
		1.	Stre	eitbeit <del>ritt</del>	.192
		2.	Äuf	Berungsberechtigung der Bundesrepublik Deutschland	.192
		3.	Eig	enes beschränkt privilegiertes Äußerungsrecht des Bundeslandes.	.193
			a)	Gemeinschaftsrechtsbezogenheit des Vorabentscheidungsverfahrens	.193
			b)	Vergleich mit der Äußerungsberechtigung des Europäischen Parlaments, des Rechnungshofs und der Europäischen	
				Zentralbank	
	IV.	Erg		s und Ausblick	
		1.	_	ebnis	
		2.	Aus	sblick	.195
			a)	Vergleich mit der konkreten Normenkontrolle gemäß Art. 100 GG	.196

## Inhaltsverzeichnis

			b) Konsequenzen für das Gemeinschaftsprozeßrecht	97
E.			Ungeschriebenes Zustimmungserfordernis für Länderauftritte vor ropäischen Gerichtshof	98
	I.		stimmungserfordernis nach Gemeinschaftsrecht	
		1.	Bisherige Gemeinschaftsrechtspraxis	
		2.	Mögliche prozessuale Auswirkungen der Mediatisierung der staat-	
			lichen Gewalt der Mitgliedstaaten durch die Zentralregierung1	99
		3.	Autonomie der Gemeinschaftsrechtsordnung	01
	Π.		meinschaftsrechtliche Auswirkungen eines eventuellen Zustimmungs- ordernisses nach deutschem Verfassungsrecht	204
	III.	Erg	gebnis und Ausblick2	.05
			Fünstes Kapitel	
			Mittelbare Teilhabe der Bundesländer	
		8	n der prozessualen Stellung der Bundesrepublik Deutschland	
			vor dem Europäischen Gerichtshof	:07
A.	An	wend	dungsbereiche für eine mittelbare Länderbeteiligung2	:07
В.	Vai	riant	en einer mittelbaren Länderbeteiligung2	:08
C.			den Bundesrat vermittelte Teilhabe der Bundesländer an gemein- prozessualen Rechten der Bundesrepublik Deutschland	208
	I.		EUZBLG und Abschnitt V BLV-EU im Wortlaut2	
	П.	Au	slegungsfragen2	10
		1.	Verfahrensmäßiger Anwendungsbereich des § 7 EUZBLG2	10
			a) "Im EUV vorgesehene Klagemöglichkeiten"2	:11
			b) "Gelegenheit zur Stellungnahme"2	11
			c) "Unbeschadet eigener Klagerechte der Länder"2	:13
			d) "Beteiligung" an Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof2	14
		2.	Betroffene Gesetzgebungsbereiche	15
		3.	Einvernehmen mit dem Bundesrat	16
			a) Analoge Anwendung des § 5 Abs. 2 S. 5 EUZBLG2	16
			b) Letztentscheidungsrecht der Bundesregierung2	17
			c) Unüberwindbarkeit eines fehlenden Einvernehmens2	17
			d) Argumentum a maiore ad minus aus § 7 Abs. 1 EUZBLG2	19
	III.	Ve	rfassungsrechtliche Würdigung2	19
		1.	"Alternative Verfassungswidrigkeit" des § 7 EUZBLG2	20

			a)	Zu gerir	nge Bundesratsbeteiligung	221			
					ne Beteiligung in den Fällen des Art. 23 Abs. 5	221			
				bb) Kei Art	ne Außenvertretung durch Ländervertreter gemäß  23 Abs. 6 GG in Verfahren vor dem Europäischen ichtshof				
			b)		gehende Beteiligung des Bundesrates nach § 7	222			
			c)	Zwische	energebnis	222			
		2.	Rei	chweite v	on Art. 23 Abs. 4-7 GG	223			
			a)	Wortlau	t	223			
			b)	Systema	tische Auslegung	224			
			c)	Entstehu	ngsgeschichte	224			
				aa) Art	. 23 Abs. 5 und 6 GG	224			
				bb) Art	. 23 Abs. 4 GG	225			
			d)	Teleolog	zische Auslegung	226			
				aa) Art	. 23 Abs. 4 GG	226			
				bb) Art	. 23 Abs. 5 GG	226			
				cc) Art	. 23 Abs. 6 GG	227			
				(1)	Gemeinschaftsrechtliche Unzulässigkeit einer Übertragung	227			
				(2)	Unmöglichkeit schwerpunktmäßiger Betroffenheit bei Gerichtsverfahren				
				(3)	Beteiligungsfreundliche Auslegung des Art. 23 Abs. 6 GG	230			
			e)	Zwische	nergebnis	231			
		3.	Fol	gerungen	für die Auslegung des § 7 EUZBLG	231			
			a)	Abweich	nung des § 7 EUZBLG von Art. 23 Abs. 5 GG	231			
			b)		ungskonforme Auslegung des § 7 EUZBLG im	232			
		4.	Erg	ebnis und	1 Ausblick	233			
			a)	Ergebnis	s	233			
			b)	Ausblick	C	234			
D.	Tei	lhab	e ein:	zelner Bu	ndesländer an gemeinschaftsprozessualen Rechten der				
			desrepublik Deutschland						
	I.	Pri	nzip	der Bunde	estreue	235			
	Π.	Spe	rrwi	rkung der	Regelung in Art. 23 GG	236			

	III.	Akz	zessori	ische Natur des Grundsatzes der Bundestreue	239					
	IV.			kompetenz des Bundes für die Vertretung der Bundesrepublik and vor dem Europäischen Gerichtshof	240					
		1.		päische Union bzw. die in ihrer ersten Säule vereinten Gemeinften als "Staat" im Sinne des Art. 32 Abs. 1 GG						
		2.		rnehmung gemeinschaftsprozessualer Rechte als "Pflege der ehungen" im Sinne des Art. 32 Abs. 1 GG	242					
		3.	Euro	päische Union als "auswärtiger" Staat	242					
			<b>a</b> ) 1	Europaangelegenheiten als innere Angelegenheiten	242					
			<b>b</b> )	Europaangelegenheiten als auswärtige Angelegenheiten	243					
			c) :	Stellungnahme	243					
				aa) Unterschied zwischen Europäischer Union und herkömm- lichen internationalen Organisationen	243					
			i	bb) Einfluß des Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG n.F.						
				cc) Einfluß des Art. 50 GG n.F.						
				dd) Einfluß des Art. 23 Abs. 1 S. 1, Abs. 2-7 GG n.F						
		4.		bnis						
	v		Berücksichtigung von Länderinteressen bei der Wahrnehmung von							
	٧.		neinschaftsprozessualen Rechten der Bundesrepublik Deutschland247							
		1.	Fallk	constellation: Maßnahmen nach § 7 EUZBLG wurden						
		2.	•	constellation: Keine Maßnahmen nach § 7 EUZBLG wurden						
				offen	249					
			a)	Maßnahmen nach § 7 EUZBLG wurden noch nicht angestrebt .	249					
			b)	Maßnahmen nach § 7 EUZBLG wurden angestrebt	250					
				aa) Erfolglosigkeit einer auf Maßnahmen nach § 7 EUZBLG gerichteten Länderinitiative als Voraussetzung für einen						
				Rückgriff auf den Grundsatz der Bundestreue	230					
				bb) Weitere Voraussetzungen für einen Rückgriff auf den Grundsatz der Bundestreue	250					
				cc) Grenzen der Mitsprache einzelner Bundesländer	251					
	VI.	Erg	gebnis		253					
E.				Beteiligung der österreichischen Bundesländer an gemeinsualen Rechten der Republik Österreich	254					
	I.	Au	sgestal	ltung der österreichischen Länderbeteiligung	254					
	II.			n mit der deutschen Beteiligungsregelung						
		1.		ntstechnische Schwächen						

		4.			
In	hя	ltsve	rz.e1	chnı	S

19

		2. Nachteile grundsätzlicher Natur	256			
		a) Faktisches Vetorecht jedes Bundeslandes	257			
		b) Notwendiges Letztentscheidungsrecht der Bundesregierung	258			
	III.	Ergebnis	259			
		Sechstes Kapitel				
		Zusammenfassung und Ausblick	261			
A.	Zu	sammenfassung	261			
	I.	Eigene prozessuale Rechte der Bundesländer vor dem Europäischen Gerichtshof	261			
	II. Innerstaatliche Teilhabe der Bundesländer an gemeinschaftsprozessualen					
		Rechten der Bundesrepublik Deutschland	264			
В.	Au	sblick	265			
C.	Sur	nmary	267			
	I.	The German Länders' (Federal States) Own Procedural Rights Before the European Court of Justice	267			
	II.	Internal Participation of the Länder in the Community Procedural				
		Rights of the Federal Republic of Germany as a Member State				
D.	Res	sumée	272			
	I.	Droits procéduraux propres des Länder (Etats fédéraux) devant la Cour de Justice des Communautés Européennes	272			
	II.	Participation interne des Länder dans les droits procéduraux communautaires de la République fédérale allemande	275			
E.	Sin	tesi				
	I.	Diritti processuali dei Bundesländer (Stati federali) dinanzi alle Corte				
		Europea di Giustizia	277			
	II.	Partecipazione interna dei Bundesländer ai diritti processuali comunitari della Repubblica Federale Tedesca	280			
F.	Res	sumen				
	I.	Derechos procesales propios de los Länder (Estados Federados) ante el Tribunal de Justicia de las Comunidades Europeas	282			
	II.	Participación interna de los Länder en los derechos procesales				
		comunitarios de la República Federal de Alemania	285			
Lite	eratu	rverzeichnis	288			
Ent	sche	idungsverzeichnis	309			

## Abkürzungsverzeichnis

a.A. anderer Ansicht a.F. alte Fassung

ABI. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

AfP Archiv für Presserecht

AJDA L'Actualité juridique - Droit administratif

AJPIL Austrian Journal of Public and International Law

AK Alternativkommentar zum Grundgesetz

Anm. Anmerkung

AöR Archiv des öffentlichen Rechts

ArbG Arbeitsgericht

AVR Archiv des Völkerrechts

AWD (BB) Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters

BayVBl. Bayerische Verwaltungsblätter

ber. berichtigt

BGB1. Bundesgesetzblatt

BR-Drs. Drucksachen des Bundesrates

BT-Drs. Drucksachen des Deutschen Bundestages

BVerfG Bundesverfassungsgericht

BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

BVerwG Bundesverwaltungsgericht
CMLRev. Common Market Law Review

DB Der Betrieb

DJT Deutscher Juristentag
DÖV Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ Deutscher Richterzeitung
DVB1. Deutsches Verwaltungsblatt

EA Europa-Archiv

ELRev. European Law Review
EuGH Europäischer Gerichtshof

EuGRZ Europäische Grundrechte-Zeitschrift

EuR Europarecht

EuZW Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWS Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht

FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung

G/T/E von der Groeben/Thiesing/Ehlermann, Kommentar zum EWG-

Vertrag, 4. Auflage, Baden-Baden 1991

i.d.F. in der Fassung
i.E. im Ergebnis
i.e. id est

i.V.m. in Verbindung mit

ibid. ibidem

JA Juristische Arbeitsblätter

JöR Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart

Jur. Diss. Juristische Dissertation

JZ Juristenzeitung

m.w.N. mit weiteren Nachweisen

MDR Monatsschrift für Deutsches Recht

n.F. neue Fassung

NJW Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBI. Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter

 öBGBl.
 Österreichisches Bundesgesetzblatt

 ÖJZ
 Österreichische Juristen-Zeitung

 RIW
 Recht der internationalen Wirtschaft

RMC Revue du Marché Commun

Rn. Randnummer Rs. Rechtssache

RTDE Revue trimestrielle de droit européen

Rz. Randziffer

Slg. Amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen

Gerichtshofs

Univ. Universität

VerwArch Verwaltungsarchiv

Verb. verbunden
Vorb. Vorbemerkung

VR Verwaltungsrundschau

VVDStRL Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen

Staatsrechtslehrer

WM Wertpapier-Mitteilungen

ZaöRV Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

ZfRV Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZG Zeitschrift für Gesetzgebung
ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik

zugl. zugleich

#### Erstes Kapitel

### Einführung

#### A. Problemstellung

Die Stellung der deutschen Bundesländer im Prozeß der europäischen Integration ist seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1951¹ wiederholt Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Kontroversen in der Bundesrepublik Deutschland gewesen². Auf der einen Seite wird vor den Gefahren einer Überbetonung des deutschen Föderalismus für die Integrationsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland gewarnt³. Die Länder beklagen demgegenüber einen schrittweisen Verlust der ihnen durch das Grundgesetz eingeräumten Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnisse durch die stetige Erweiterung der Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaften⁴.

Zum einen erfolgte diese Erweiterung durch Änderungen und Ergänzungen der Gründungsverträge, etwa durch die Einheitliche Europäische Akte<sup>5</sup> im Jahre 1986<sup>6</sup>. Zum anderen ergab sie sich aus der großzügigen Anwendung und Auslegung vertraglicher Ermächtigungsnormen, insbesondere der sogenannten

Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, BGBl. 1952 II S. 447, im folgenden "EGKSV".

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> So warnte der damalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Arnold schon anläßlich der Ratifizierung des EGKSV, die Länder könnten "zu reinen Verwaltungseinheiten herabgedrückt werden": Vgl. Protokoll der 61. Sitzung des Bundesrates am 27.7.1951, S. 445.

Meier, ZRP 1987, S. 228 (228 f.); Badura, in: Festschrift Lerche, S. 369 (380 f.); Everling, DVBI. 1993, S. 936 (947); zur Hausen, EuR 1987, S. 322 (327 ff.); Schleyer, WM 47 (1993), S. 735; bereits im Hinblick auf den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich bemerkte Kelsen, Zeitschrift für öffentliches Recht 1927, S. 329 (331): "Ein Bundesstaat im Bundesstaat bedeutet organisationstechnisch eine heillose Komplikation".

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Vgl. Riegel, DVBl. 1979, S. 245 ff.; Oschatz/Risse, EA 1988, S. 9 ff.

<sup>5</sup> BGBl. 1986 II S. 1102, im folgenden "EEA".

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Ress, EuGRZ 1986, S. 549 (549 f.); Jooss/Scheurle, EuR 1989, S. 226 (226 ff.); Waitz von Eschen, BayVBl. 1991, S. 321 (327); Dörr, NWVBl. 1988, S. 289 (290 f.); Rudolf, in: Merten, S. 263 ff.

Abrundungsklausel des Art. 235 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, durch die Gemeinschaftsorgane<sup>7</sup>.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im Vorfeld des in Maastricht abgeschlossenen Vertrages über die Europäische Union<sup>8</sup>: Angesichts der beabsichtigten Festschreibung von Gemeinschaftskompetenzen auf den Gebieten Bildung und Kultur sahen die Länder nunmehr Kernbereiche ihrer Eigenstaatlichkeit gefährdet<sup>9</sup>.

Kompensationsstrategien der Länder<sup>10</sup> zielten sowohl auf verstärkte Mitwirkungsrechte des Bundesrates und der Länder im Bereich der innerstaatlichen Willensbildung<sup>11</sup> als auch auf die Berücksichtigung von Länderinteressen auf gemeinschaftsrechtlicher Ebene<sup>12</sup>. Beide Strategien sind auf teils heftigen Widerstand der Bundesregierung sowie anderer Mitgliedstaaten gestoßen, die aufgrund ihrer zentralistischen Verfassungen oder aus Furcht vor separatistischen Bestrebungen interne föderative Strukturen ablehnen<sup>13</sup>.

Durch die im Zusammenhang mit der Ratifizierung des EUV vorgenommenen Änderungen des Grundgesetzes - insbesondere durch den neugefaßten Artikel 23<sup>14</sup> - wurde den Forderungen der erstgenannten Strategie weitgehend

BGBl. 1957 II S. 766, im folgenden "EWGV"; zum weiten Anwendungsbereich des Art. 235 EWGV vgl. Grabitz/Hilf-Grabitz, Art. 235, Rn. 9 ff.; Morawitz/Kaiser, S. 103 ff.; Baumhof, S. 43; Rabe, NJW 1993, S. 1 (2); Benz, DÖV 1991, S. 586 (591 f.); Brenner, DÖV 1992, S. 903 (907 f.); Eiselstein, NVwZ 1989, S. 323 (328 f.); Kirchhof, EuR 1991, Beiheft 1, S. 11 (16 f.); Steinberg/Britz, DÖV 1993, S. 313 (317 f.).

Vertrag über die Europäische Union ("Maastricht-Vertrag"), BGBl. 1992 II S. 1253, im folgenden "EUV"; der EWGV ist durch den EUV umbenannt worden in Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, BGBl. 1992 II S. 1253/1255, im folgenden "EGV".

Instruktiv zur Länderbeteiligung an der Vorbereitung des Vertragswerkes Kalbfleisch-Kottsieper, DÖV 1993, S. 541 (542 ff.); Böhm, BayVBl. 1993, S. 545 (546 f.); zur Auswirkung der Wirtschafts- und Währungsunion auf den bundesdeutschen Finanzausgleich Carl, NVwZ 1994, S. 947 (949 ff.).

Zahlreiche im Vorfeld des EUV verabschiedete Forderungskataloge der Länder sind abgedruckt bei Bauer, S. 13 ff; vgl. auch die bei Schäffer, S. 207 ff., abgedruckten Standpunkte der österreichischen Bundesländer für die EG-Beitrittsverhandlungen und ibid., S. 203 ff., die Entschließung der Fünften Konferenz "Europa der Regionen".

Borchmann, EA 1991, S. 340 (340 ff.); Häberle, EuGRZ 1992, S. 429 (435); Meier, ZRP 1987, S. 228 f.; Biancarelli, AJDA 1991, S. 835 (836 f.); Lothar Müller, DVBl. 1992, S. 1249 (1254).

<sup>12</sup> Kleffner-Riedel, S. 6; Röhl, EuR 1994, S. 409 (438 ff.); Borchmann, EA 1991, S. 340 ff.; Häberle, S. 218 ff.; Schink, DÖV 1992, S. 385 (386 ff.).

Borchmann, EA 1991, S. 340 (346 f.); Petersen, DÖV 1991, S. 278 (280).

<sup>14</sup> BGBl, 1992 I.S. 2086.

entsprochen<sup>15</sup>. Im Sinne der zweitgenannten Strategie trägt das Gemeinschaftsrecht - etwa durch die Schaffung eines Ausschusses der Regionen<sup>16</sup> und das Gebot zur Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten gemäß Art. F Abs. 1 EUV<sup>17</sup> - seit dem Inkrafttreten des EUV verstärkt der Existenz regionaler Untergliederungen<sup>18</sup> in den Mitgliedstaaten Rechnung<sup>19</sup>.

Die sich aus der Mitgliedschaft der föderativ gegliederten Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union ergebenden gemeinschafts- und verfassungsrechtlichen Probleme waren in materiellrechtlicher Hinsicht bereits Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen<sup>20</sup>. Dagegen ist bislang weitgehend ungeklärt, welche prozessuale Stellung den Bundesländern in gemeinschaftsbezogenen Angelegenheiten vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften<sup>21</sup> zukommt. Insoweit klafft in der bisherigen Literatur eine - insbesondere für die Länder - schmerzhafte Lücke. Praktisch ist dieser Problemkreis von großer Bedeutung: Materiellrechtliche Positionen vermögen die Bundesländer im Prozeß der fortschreitenden europäischen Integration nicht zu stärken, wenn die prozessuale Durchsetzbarkeit dieser Positionen nicht gewährleistet ist. Zudem wird die Bereitschaft der Bundesländer zu weiteren Integrationsschritten maßgeblich davon abhängen, ob ihnen zur Verteidigung ihrer Kompetenzbereiche gegen etwaige Übergriffe der Gemeinschaftsorgane wirksame Rechtsbehelfe zu Gebote stehen.

Schlaglichtartig läßt sich die Problematik am Beispiel zweier gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleiteter Vertragsverletzungsverfahren aufzeigen. Gegenstand der Verfahren waren Beihilfen, welche die Länder Rhein-

Schede, S. 51 ff.; Oppermann/Classen, Aus Politik und Zeitgeschichte 1993, Heft 28, S. 11 (13 f.); Neßler, EuR 1994, S. 216 (222 ff.); kritisch zum neuen Art. 23 GG Badura, EuR 1994, Beiheft 1, S. 9 (16); Breuer, NVwZ 1994, S. 417 (421 f.); Schwarze, JZ 1993, S. 585 (590); Classen, ZRP 1993, S. 57 (57 ff.); Everling, DVBl. 1993, S. 936 (945 ff.); Di Fabio, Der Staat 32 (1993), S. 191 (207 ff.).

Bassot, RMC 1993, S. 729 (729 ff.); Wuermeling, EuR 1993, S. 196 (197 ff.).

Dazu Hilf, in: Gedächtnisschrift Grabitz, S. 157 ff.; Epiney, EuR 1994, S. 301 (307).

<sup>18</sup> Im Anschluß an die Terminologie des den Regionalausschuß betreffenden Art. 198a EGV ist im folgenden von "regionalen Gebietskörperschaften" die Rede.

<sup>19</sup> Zusammenfassend Kleffner-Riedel, S. 249 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Grundlegend Kössinger, S. 16 ff.; vgl. auch Baumhof, S. 68 ff.; Schwan, S. 15 ff., jeweils m.w.N.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Im folgenden wird dieses Gemeinschaftsorgan im Einklang mit der üblichen Terminologie als "Europäischer Gerichtshof" bezeichnet; vgl. dazu Grabitz/Hilf-Nettesheim, Art. 4, Rn. 16; EuZW 1994, S. 34.